

PROTOKOLL

KRISENSITZUNG DES STADTELTERNRATES WUNSTORF

1. DATUM:

03.06.24

2 3. UHRZEIT:

19:00 Uhr

4 5. ORT

DRK-KiTa Luthe

6. TEILNEHMER:

Siehe Anlage Teilnehmerliste

7 8. MODERATOR

Arame Shanazari

TOP 1: KURZE VORSTELLUNGSRUNDE

Alle Anwesenden stellen sich einmal kurz vor mit Name und der Kita/des Horts für die Sie heute anwesend sind.

TOP 2: ABSTIMMUNG ÜBER DIE LIVE ÜBERTRAGUNG AUF INSTAGRAM

Es sind alle 22 Anwesenden mit der Live-Übertragung über Instagram einverstanden.
Anschließend wird die Übertragung gestartet.

TOP 3: FAKTEN ÜBER DIE VORLAGE DER STADT WUNSTORF

Der Stadtelternrat informiert die anwesenden Eltern über die generellen Fakten der vorliegenden Vorlage der Stadt Wunstorf. In dieser steht unter anderem, dass es ab dem neuen Kita-Jahr 2024/2025 theoretisch eine erneute Erhöhung der Essensgeld-Beiträge geben müsste. Allerdings könnte darauf verzichtet werden, indem man einfach nur noch 46 Kalenderwochen beim Essen berücksichtigt (46 Wochen aufgrund von -meist- insgesamt 3 Wochen Schließzeiten, Krankheit und sonstigen Ausfällen (Urlaube, Mutter-Kind-Kur, etc.)). Das würde allerdings auch implizieren, dass es keinerlei Erstattungsanspruch mehr für Fehlzeiten geben würde. Wenn die Kinder also mehr als diese 6 Wochen kein Essen in Anspruch nehmen, könnte man sich trotzdem keinen Anteil der Beiträge zurückholen. Es wird auch damit begründet, dass die Stadt Wunstorf sich damit einen enormen Verwaltungsaufwand sparen würde. Allerdings haben wir bei den Anwesenden Eltern schnell festgestellt, dass die meisten eine Erstattung der Beiträge direkt über den Träger bekommen und nicht über die

Stadt. Deshalb stellt sich hier die Frage, welchen enormen Verwaltungsaufwand die Stadt damit hat.

Des Weiteren fordern die Eltern eine soziale Staffelung der Essensgeld-Beiträge (und der Krippen-/Hortgebühren), so wie es z.B. in Hannover gibt.

Es wird auch gefordert, dass die Stadt Wunstorf mehr Transparenz zeigt, was sie überhaupt an Einnahmen und Ausgaben für die Kita's in Wunstorf und Umgebung haben. Da sie in ihrem Schreiben mit Zahlen „um sich werfen“ die für uns als Außenstehende überhaupt nicht nachvollziehbar sind.

Anzumerken ist, dass es bei weiterer Erhöhung der Essensgeld-Beiträge und den generellen Beiträgen für die Krippe zu einem weiteren Fachkräfte-Mangel/generellen Arbeitskräfte-Mangel kommen wird. Da es dann für viele zu teuer sein wird, sein Kind in der Krippe betreuen zu lassen, wenn schon der Großteil der Einnahmen für eben jene draufgehen würde und sie somit ihre Kinder lieber zu Hause betreuen.

Außerdem muss es dringend eine Kostendeckelung geben, da die Beiträge nicht weiter so tragbar sind, weil bei vielen Eltern die Gehälter absolut nicht angemessen sind.

Es wird berichtet, dass es in einigen Einrichtungen möglich ist, sein Kind tagesaktuell abzumelden vom Essen. Dies wird per App ermöglicht und bietet die Möglichkeit einer Tagesaktuellen Abrechnung. Des Weiteren wird hierdurch die Umwelt geschont und das Thema Nachhaltigkeit ist auch nicht außer acht zu lassen.

Die Frage kommt auf, wieso die Stadt Wunstorf ihren Haushalt nicht umschichtet, um z.B. die Differenz der Essensgeld-Beiträge aufzufangen. Im Gegenzug wird das Schwimmbad umgebaut für lockere 35 Millionen Euro, aber es sind keine 110 Tausend Euro da, um das jährlich aufzufangen und jedem Kind die Möglichkeit einer warmen Mahlzeit am Tag zu bieten.

Hinzu zu fügen ist, dass es fraglich ist, ob die Stadt Wunstorf die Annahme hat, dass jede Familie ein Haushalts-Netto-Einkommen von 4000 Euro zur Verfügung hat. Denn wenn man die Beiträge mit z.B. Hannover vergleicht, kommt man auf eine enorme Differenz. Als Beispiel wurde hier folgendes ausgerechnet:

Wenn eine Familie 3400 Euro Netto Haushaltseinkommen hat, muss sie in Hannover für einen Vollzeit-Krippen-Platz 350 Euro bezahlen, wovon 40 Euro schon Essensgeld sind. In Wunstorf kostet ein Vollzeit-Krippen-Platz locker 390 Euro, wovon (aktuell) 83 Euro Essensgeld sind. Das heißt, um so viel übrig zu haben wie in Hannover, müsste man 4000 Euro Netto jeden Monat zur Verfügung haben.

Selbst der SPD-Landesrat fordert dazu auf, die Kita- und Essens-Gebühren drastisch zu senken und/oder sogar gänzlich abzuschaffen. Damit jedes Kind die gleichen Chancen auf soziale Integration und Kommunikation mit Gleichaltrigen Kindern hat und (mindestens) eine warme Mahlzeit am Tag zu bekommen.

Es wird auch angemerkt, dass eine erneute Erhöhung der Beiträge zu einer weiteren Diskriminierung von Alleinerziehenden führt. Denn nur wenige Alleinerziehende haben die Möglichkeit ihre Kinder von den Großeltern und/oder Verwandten erziehen zu lassen, da diese auch bis ins hohe Alter noch selbst Erwerbstätig sind. Für Alleinerziehende bedeutet das, dass sie bis ihre Kinder 3 Jahre alt sind nicht arbeiten können, da sie meist nur Teilzeit arbeiten können und sich die Kosten für die Krippe einfach nicht leisten können. Dann mit 3 Jahren

müssten Sie „nur noch“ die Essensgeld-Beiträge übernehmen, könnten wieder Arbeiten gehen, aber nur bis die Kinder in die Grundschule kommen. Denn dann geht der Spaß wieder los, dass sie nur mit viel Glück einen Hortplatz bekommen und das auch wieder finanziell ein Schlag ist.

TOP 4: SOZIALAUSSCHUSS

Es wird darüber informiert, dass am 12.06.2024 um 18 Uhr eine Sitzung des Sozialausschuss Wunstorf im Rathaus stattfindet. Es wird sich einstimmig dafür ausgesprochen, dass alle Anwesenden über alle verfügbaren Kanäle (Instagram, Whatsapp/Aushänge in den Kitas) darüber informieren und dazu aufrufen dort zu erscheinen um Präsenz zu zeigen. Es können Fragen gestellt werden, diese werden anschließend von uns gesammelt und an alle Interessierten weitergeleitet.

TOP 5: REGIONSELTERNRAT

Arame Shananzari berichtet kurz über den Regionseleternrat, unter anderem das es in Hannover eine kurzfristige Demonstration gab, die sehr erfolgreich verlaufen ist, aber leider für viele Eltern zu kurzfristig kommuniziert wurde.

Des Weiteren gibt es eine Whatsapp Gruppe für den Regionseleternrat, wo jeder der Interesse hat drin aufgenommen werden kann. Bei Interesse bitte direkt bei Arame melden.

TOP 6: HORT

Der Stadtteilernterrat berichtet auch hier aus der Vorlage der Stadt Wunstorf, woraus hervorgeht, dass eine Hortbetreuung nur noch bis zur 4ten Klasse geplant ist. Weil laut Stadt die Kinder, welche die 4te Klasse besuchen, durchaus in der Lage sind, auch ein paar Stunden alleine zu Hause zu bleiben. Des Weiteren müssen die Eltern welchen einen Hortplatz haben, diesen ab dem kommenden Schul-Jahr, jährlich beantragen. Nicht mehr wie die Jahre zuvor, wo sie nur nachweisen mussten (Vertrag über die komplette Dauer der Grundschule, aber jährliche kurze Überprüfung), dass Sie diesen Hortplatz noch benötigen, da sie ansonsten den Anspruch darauf verlieren. Es muss jedes Jahr ein neuer Antrag gestellt werden, sodass man sich nie sicher sein kann, einen Hortplatz auch wirklich zu bekommen (Vertrag immer nur für ein Jahr und auch nur bis einschließlich 3t Klasse).

Im Artikel der HAZ-Zeitung wird davon geschrieben, dass die Eltern „selbst Schuld sind, wenn Sie keinen Kita-/Hort-Platz bekommen, da sie zu hohe Ansprüche an den Platz haben“. Darauf wird angemerkt, dass viele Eltern ihre Kinder schon in Nachbarorten oder noch weiter weg anmelden, damit Sie eine verlässliche und vernünftige Betreuungsmöglichkeit nach der Schule haben und überhaupt die Chance auf einen Hortplatz. Somit wird schon eine zusätzliche Fahrtzeit in Anspruch genommen, um den Kindern eine vernünftige Betreuung und den Eltern die Gewissheit zu bieten, dass sie regelmäßig arbeiten gehen können. Der Vorwurf der HAZ kann Allgemein nicht nachvollzogen werden.

TOP 7: FRAGEN FÜR DEN SOZIALAUSSCHUSS

Wie stehen die Gebühren (bereits jetzt) im Vergleich zu anderen Städten?
Stichproben in Internetrecherchen haben bereits jetzt eine erhöhte Beitragssituation festgestellt. Sowohl bei Grundgebühr, als auch Essensbeitrag.

Wie setzen sich die KitaKosten konkret zusammen? Warum ist auch der Grundbeitrag so hoch?

Wie ist die einheitliche Beitragsgebühr gegenüber Familien unter 4000€ netto monatl. Haushaltseinkommen zu begründen?

Wie gegenüber alleinerziehenden Eltern?

Geht die Stadt davon aus, dass die Bürger in Wunstorf mit Kleinkindern der oberen Mittelschicht angehören?

Wann wird ein konkreter Plan zur gesamtheitlichen Kostenentwicklung den Eltern vorgestellt und begründet?
Diese Stückchenvariante ist undurchsichtig, verwirrend und regt zu Misstrauen an.

Wird über eine Beitragsstaffelung nach Einkommen der Familien nachgedacht?

Wie wird mit Viertklässlern verfahren, die nicht unbeaufsichtigt nach Schulschluss verbleiben können? Gibt es Sonderangebote?

Wird das Ferienangebot für mehr Grundschüler in einer flächendeckenden Form ausgebaut? Einzelangebote reichen nicht!

Wird die Stadt in der nächsten Zeit mehr inhaltliches Interesse und Verantwortung übernehmen, anstatt sich überwiegend mit der Erschaffung von Neubauten bzw. der Schaffung der Kita-Infrastruktur zu belobigen?

In wieweit finanziert die Stadt Kindergärten zusätzlich und ist ein Ausgleich von Defiziten auch über die Stadt möglich?
Beiträge können nicht unendlich erhöht und dann an die Eltern weitergereicht werden.

Geht die Stadt davon aus, dass der Kindergartenbereich als soziale Verantwortung der Stadt, sich letztlich selbst finanziert? Wenn ja, wie ist dies sozialdemokratisch zu begründen?

Was tut die Stadt zusätzlich zu Neubauten konkret dafür, dass angebotene Betreuungszeiten der Einrichtungen Vollzeittätigkeiten beider Elternteile sichergestellt werden, damit u.U. zukünftig höhere Beiträge gezahlt werden können.

Wie stellt sich die Stadt eine u.U. jährlich anzupassende Berufstätigkeit von Eltern mit Hortkindern vor?

Wann und wie wird die Stadt den Umbruch Ganztagschulenplanung und geplante realistische Übergangsregelungen inkl. Angebote den Eltern kommunizieren? Wird es öffentliche Austauschrunden mit Eltern und Stadt geben?

Die demokratischen Parteien des Stadtrates Wunstorf haben die Themen „Digitalisierung“ und „Nachhaltigkeit“ in ihren Wahlprogrammen verankert. Nun wird eine Abschaffung der Abmeldemöglichkeit vom Mittagessen in die KiTa-Satzung aufgenommen. Vor dem Hintergrund einfachster digitaler Mittel in Form einer App können und müssen Eltern schon heute ihre Kinder tagesgenau bei den KiTas abmelden. Entgegen des Vorschlags zur Abschaffung der Abmeldemöglichkeit scheint eine tagesgenaue Abmeldung und Rückerstattung des Essensgeldes der logische Schritt zu sein. Dies allein wäre mit den Ansprüchen der Nachhaltigkeit zu vereinbaren, anstelle eine Vergeudung von Essen zu provozieren, weil alle Caterer täglich Essen für alle Kinder bringen, auch wenn diese nachweislich nicht anwesend sind. Auch der Verwaltungsaufwand ist durch einfachste digitale Mittel gering zu halten, da alle Daten durch die Eltern bereits digital vorliegen. Wie also ist die geplante Streichung der Abmeldemöglichkeit vom Mittagessen und Rückerstattung der Beiträge mit den politischen Zielen der im Stadtrat vertretenen Parteien vereinbar?